

25. Januar 2008, 10:53 Uhr

VON THOMAS VITZTHUM

LANDTAGSWAHLEN**Die NPD will den Sieg, "so oder so"**

"Kein Recht auf Einwanderung", Schülerfahrten nach Auschwitz sind "Gehirnwäsche", "Sozial geht nur national": Mit derben Sprüchen will die NPD in Niedersachsen und Hessen in den Landtag einziehen. Daraus wird wohl nichts. Denn im Wahlkampf lief vieles nicht so, wie es sich die Spitzenkandidaten vorgestellt hatten.



Die NPD will als politische Partei ernst genommen werden

Foto: DPA

Der eine war Waldorflehrer, der andere Skinhead. Andreas Molau, Spitzenkandidat der NPD in Niedersachsen und Marcel Wöll, Landesvorsitzender der hessischen NPD, könnten unterschiedlicher kaum sein. Molau nennt sich einen Freigeist und Menschenfreund. Wöll dagegen stand mehrfach wegen Körperverletzung vor Gericht und wurde im August wegen Volksverhetzung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte Schülerfahrten nach Auschwitz als „Gehirnwäsche“ bezeichnet.

Ein Waldorflehrer führt die NPD

„Sie werden sich wundern, dass ein ehemaliger Waldorflehrer wie ich ausgerechnet zur NPD gefunden hat“, schreibt Andreas Molau in seiner Selbstdarstellung auf dem Online-Portal kandidatenwatch.de, das allen Kandidaten der Landtagswahlen die Möglichkeit gibt, auf Bürgerfragen zu reagieren. In der Zahl der Antworten rangiert der 39-Jährige gleich hinter den Spitzenkandidaten von SPD und CDU, Wolfgang Jüttner und Christian Wulff.

Molau ist darauf bedacht, als Bildungsbürger zu sprechen. Er zitiert Nietzsche, Herder und Sebastian Haffner. Ein nach Deutschland eingewanderter russischer Jude will von Molau wissen, ob er angesichts des Wahlplakats der NPD „Sozial geht nur national“ befürchten müsse, des Landes verwiesen zu werden. Der Kandidat laviert sich lange um eine Antwort herum und kommt schließlich doch zum Punkt: „Nach meiner Auffassung kann es kein Recht auf Einbürgerung und Einwanderung geben.“

„Molau ist ein Wolf im Schafspelz“, sagt der Parteien- und Extremismusforscher Eckhard Jesse von der TU Chemnitz. „Sein Wahlkampf war ausgesprochen moderat.“ Laut dem niedersächsischen Verfassungsschutz gelang es Molau mit seiner Taktik aber nicht, seine Leute zu mobilisieren: „Es waren bis zu 100 Demonstrationen geplant, davon wurden allenfalls vier durchgeführt“, sagt Maren Brandenburger, Sprecherin der Behörde.

Wöll will Ausländer ausweisen

Anders als Molau ist der hessische Spitzenkandidat um eine intellektuelle, gemäßigte Attitüde nicht bemüht. Obwohl Wöll nur auf Listenplatz drei steht, repräsentiert er die hessische NPD nach außen am stärksten. „Die Spitzenkandidatin Doris Zutt hat keine landesweite politische Ausstrahlung, sie sorgt nur für einen bürgerlichen Anstrich der Partei“, sagt Florian Albert von der Universität Kassel, Experte für die hessische NPD. Im NPD-Werbespot fordert denn auch Marcel Wöll die Streichung der Zuschüsse für jüdische Gemeinden und die Ausweisung aller „kulturfremden Ausländer“. Da will Molau nicht mitgehen. „Es gibt

immer Einwanderer“, sagte er WELT ONLINE. Es sei eben nur ein gesundes Maß überschritten.

Wöll und Molau stehen exemplarisch für das Projekt von Parteichef Udo Voigt, der seit 2004 versucht, die so genannten freien Kameradschaften und die biedereren Rechten zu einen. Dazu braucht es Kandidaten aus beiden Lagern. Der 24-jährige Wöll bekam den Posten des Polterers, wie sein Wahlwerbespot beweist.

Medienwirksam klagte Wöll gegen den Hessischen Rundfunk, der den grotesken Film nicht senden wollte – erfolgreich. Drei Zipfelmützenträger graben darin nach Gold. Der Fund wird ihnen von einem südländisch anmutenden Anzug-Träger genommen. Wöll eilt hoch zu Ross herbei und schlägt den Dieb in die Flucht. Gemeinsam mit den Gartenzwerge stimmt er das Lob auf die NPD an. Es folgt Marschmusik.

Wöll will den Sieg, so oder so

An Selbstbewusstsein mangelt es Wöll nicht. „Am Ende steht der Sieg, so oder so“, schloss er eine Presseerklärung Ende November 2007. Molau ist etwas bescheidener: „11 Prozent Wählerpotential haben wir in Niedersachsen. Ich halte nach wie vor daran fest, dass das Aufschließen der Hälfte dieses Potentials möglich ist.“ Alle Meinungsforschungsinstitute sehen die NPD aber weit unter fünf Prozent. Das bundespolitische Umfeld ist ungünstig. Es gibt kein polarisierendes Thema wie die Hartz-Reformen, gegen die im sächsischen Wahlkampf 2004 erfolgreich Stimmung gemacht wurde.

Auch von der Diskussion über Jugendgewalt könne die NPD nicht profitieren, meint Parteienforscher Jesse. Er hält es allenfalls für wahrscheinlich, dass die Rechten in beiden Ländern die für die Parteienfinanzierung entscheidende Ein-Prozent-Hürde nehmen. „Einige potenzielle Wähler werden in Hessen aber lieber für die Republikaner stimmen.“ Letztere inszenieren sich als verfassungstreue Nationalkonservative und finden damit vor allem bei Altrechten Zuspruch, die Marcel Wöll verschreckt hat.

Sollte die NPD die Ein-Prozent-Marke nicht nehmen und deshalb kein staatliches Geld für Wählerstimmen bekommen, wird sich ihre Finanzlage weiter zuspitzen. Bereits in den vergangenen Jahren musste Parteichef Voigt massiv sparen. Nach Spendenfälschungen im Landesverband Thüringen muss die NPD mehr als 800.000 Euro an die Bundestagsverwaltung zurückzahlen.

Es fehlte vor allem am Geld

Der bescheidene NPD-Wahlkampf war also vor allem dem Geldmangel geschuldet. Andreas Molau klagt, dass es seiner Kampagne an Mitteln gefehlt habe. Um aber überhaupt Wahlkampf führen zu können, versuchte der Landesverband in Niedersachsen offenbar, Wahlhelfer in der Neo-Nazi-Szene zu werben, für Geld. Das geht aus E-mails hervor, die dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ zugespielt wurden. Gegenüber WELT ONLINE sagte Molau: „Freie nationale Kräfte haben diesen Wahlkampf entscheidend mit unterstützt.“ So schwinden die Unterschiede zwischen Wöll und Molau.

Gibt es nach den Wahlen kein Geld vom Staat, könnte Parteichef Voigt in die Defensive geraten: „Sein antiamerikanischer und antikapitalistischer Kurs wird gerade im Westen Deutschlands stark kritisiert. Auch die Zusammenarbeit mit den freien Kameradschaften gefällt vielen nicht“, sagt Parteiforscher Jessen. Egal wie der Wahlabend ausgeht, die NPD wird das Ergebnis als Erfolg verkaufen. Denn sie wird mehr Stimmen erhalten als 2003 – damals traten die Rechten nicht an.